



CDU-Fraktion in der  
Bezirksvertretung



SPD-Fraktion in der  
Bezirksvertretung



Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN in der  
Bezirksvertretung

**DIE LINKE.**

Fraktion DIE LINKE.  
in der  
Bezirksvertretung



WfW-Fraktion in der  
Bezirksvertretung



FDP-Fraktion in der  
Bezirksvertretung

*Frau Bezirksbürgermeisterin Simon der  
Bezirksvertretung Oberbarmen*

Datum 22.10.2018

**Gemeinsamer Antrag**

**Drucks. Nr. VO/0874/18**  
öffentlich

Zur Sitzung am  
**30.10.2018**

Gremium  
**BV Oberbarmen**

## Situation im Stadtbezirk - VO/0603/18

### Beschlussvorschlag

### Die Bezirksvertretung Oberbarmen beschließt:

In einem ersten Schritt soll die Verwaltung alle notwendigen Einrichtungen und eingesetzten Mittel stärker vernetzen. Dazu soll sie:

1. die Ziele ihres Handelns zur Verbesserung der sozialen Situation im Stadtbezirk definieren,
2. die Vorgaben der allgemeinen Förderungspraxis im Programmgebiet vorstellen,
3. die Strukturen und Verantwortlichkeiten einer zielgerichteten Steuerung darstellen.

Hierbei ist die Polizei einzubeziehen.

Die BV Oberbarmen erwartet hierüber einen Bericht in der ersten Sitzung 2019.

### Unterschrift

B. Rücker    F. Lindgren    S. Fingscheidt    G. Manfredi

## **Begründung**

Die Verwaltung hat in der Sitzung der BV Oberbarmen vom 04.09.2018 die Vorlage 603/18 durch den zuständigen Ressortleiter für Zuwanderung und Integration, Herrn Lemmer, erläutert.

Der Bericht stellt für das Quartier Oberbarmen/Schwarzbach unmissverständlich klar, dass

- das Quartier durch einen stetig wachsenden Anteil an Migranten, derzeit 63,7% von 15.707 Gesamtbevölkerung geprägt ist,
- Kinder und Jugendliche im Alter von ca. 8 – 17 Jahren in Bandenstrukturen organisiert sind, mit Drogen dealen und vornehmlich ältere Menschen überfallen,
- jugendliche Migranten durch eine hohe Gewaltbereitschaft auffallen,
- die Angebote der vorhandenen vielfältigen sozialen Einrichtungen an ihre Grenzen stoßen.

Hier wird ungeschminkt die Wirklichkeit dargestellt. Der Bericht macht aber auch klar, dass diese Entwicklung durch die vorhandenen Angebote der sozialen Einrichtungen sowie durch den Einsatz von Polizei und Ordnungskräften nicht aufgehalten wurde.